

Leitantrag, beschlossen von der UNOS-Generalversammlung am 18. November 2023 in Salzburg:

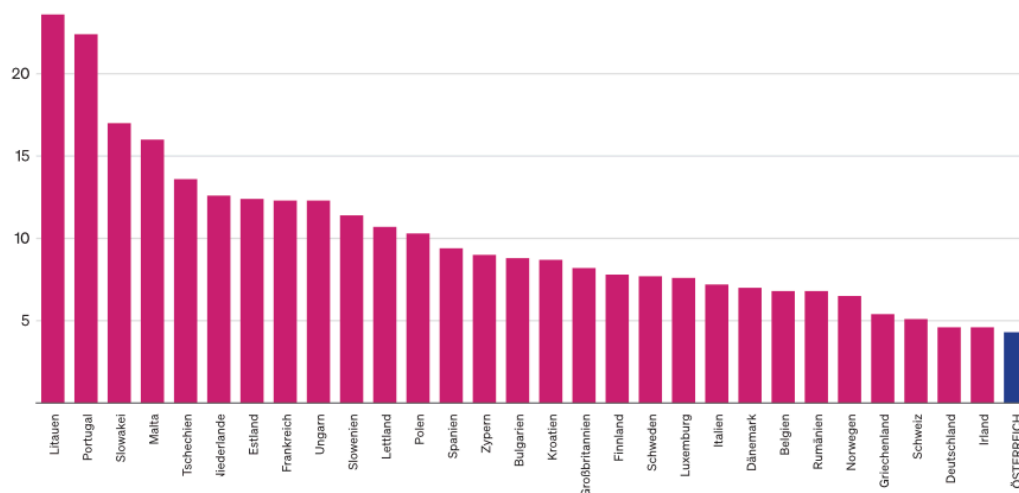
## So geht Europameister - Mit Unternehmensfreude zum Top-Standort!

Österreich wird Champion! Das wäre eine tolle Sache bei der Fußball-Europameisterschaft, aber auch im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort. Denn Österreich ist in den vergangenen Jahren immer mehr in die Mittelmäßigkeit abgedriftet und der Standort hat an Attraktivität verloren. Dabei wären die Voraussetzungen gut und die „Mannschaft“ - die österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer - ist auch in Hochform. Doch das „Team-Management“ lässt alle Chancen aus: Die Regierung hat ein Regelwerk geschaffen, dass jede Spielfreude im Keim erstickt und Österreich auf die hinteren Tabellenränge befördert.

Ein Beleg dafür ist die Gründungsquote, bei der Österreich die rote Laterne hält. Während in Litauen 2019 deutlich mehr als 20 Unternehmen pro 1000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter gegründet wurden, waren es hierzulande gerade einmal etwas mehr als 4. Auch wenn die Gründungsdynamik in westeuropäischen Ländern generell geringer ist als in osteuropäischen, zeigt Österreich eine besonders schwache Performance.

### Europäisches Schlusslicht bei Gründungen

Anzahl der neu gegründeten Unternehmen pro 1000 Erwachsene (15-64 Jahre), Werte 2019 oder letzte Daten.



Vergleich EU 27 plus Großbritannien, Schweiz und Norwegen

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Die Ursachen dafür: Kleine Unternehmen sind in Österreich mit viel zu viel Bürokratie und hohen Kosten konfrontiert. Der Arbeitskräftemangel macht vor allem personalintensiven Branchen das Leben schwer. Für internationale Konzerne ist der Standort Österreich im Vergleich mit nordischen und anderen europäischen Ländern weniger attraktiv, hauptsächlich aufgrund der hohen Steuerbelastung, insbesondere dem Grenzsteuersatz von 55 % im Einkommensteuergesetz und der mangelnden Attraktivität für nicht-österreichische Arbeitskräfte. Österreich muss endlich wieder an einem Umfeld arbeiten, in dem Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur überleben, sondern wachsen können. Komplexe Steuersysteme und administrative Hürden hemmen den Unternehmergeist und reduzieren unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist daher hoch an der Zeit, die Voraussetzungen für Unternehmen in Österreich zu verbessern und unsere Wirtschaft zu revitalisieren. Wir brauchen ein Zukunftsprogramm für unsere Wirtschaftspolitik und ein beherztes Offensivspiel für den internationalen Wettbewerb. **Mit den folgenden fünf „Steilpässen“ bringen wir unsere Unternehmen nach vorne** und sorgen für Spiellaune und Unternehmensfreude:

## Unsere 5 Steilpässe für das Team „Standort Österreich“

### Steilpass 1: Fairplay für Unternehmer:innen: Steuern und Abgaben massiv senken, Förderungssystem neu aufstellen

Österreich ist ein Hochsteuerland und noch dazu eines mit sehr komplizierten Regelungen. Viele Ausnahmen und Freibeträge machen das Steuersystem wenig übersichtlich und sorgen dafür, dass der steuerrechtliche Aufwand ebenso hoch ist wie die Belastung. Lange werden wir uns diese Doppelmühle nicht mehr leisten können, denn sie gefährdet den Standort und lässt Unternehmerinnen und Unternehmern kaum Luft zu atmen. Damit wir bei der wirtschaftlichen Europameisterschaft vorne mitspielen können, brauchen wir umgehend eine radikale Trendumkehr.

Höchste Priorität haben dabei die hohen Lohnnebenkosten, um die finanzielle Belastung für Arbeitgeber zu verringern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern. Wir fordern eine ersatzlose Streichung aller nicht-arbeitnehmer:innenbezogenen Lohnnebenkosten wie den Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds oder die Kammerumlage 2. Letztere kassieren die Wirtschaftskammern (Bund, Länder) und profitieren dabei von hohen Lohnabschlüssen, die sie selbst zumindest indirekt mitverhandeln. Diese Streichung entspricht rund einem Viertel der gesamten Lohnnebenkosten und einem Entlastungsvolumen von EUR 10,5 Milliarden (Datenstand 2021). Wichtig: Arbeitnehmer:innen sind davon nicht betroffen, die Beitragszahlungen zur Sozialversicherung bleiben unberührt.

Die Unternehmer:innen und anderen Leistungsträger:innen in unserer Gesellschaft, verdienen aber auch eine direkte Entlastung im Wege einer Senkung des Einkommenssteuer-Spitzensatzes, wo wir eine Höchstgrenze von 40 % fordern.

Damit wird auch das - dem Wirtschaftsstandort Österreich nicht zuträgliche - Bild, welches bei ausländischen Arbeitskräften entsteht, relativiert. Österreich scheint in internationalen Vergleichstabellen mit einem hohen Einkommenssteuer-Spitzensatz immer wieder negativ auf. Auch der 50%-Steuersatz beginnt zu früh. Ebenso notwendig, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts abzusichern, ist eine Senkung der Körperschaftssteuer auf 15 %. Denn Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, kommen im Wege von Investitionen ohnehin der gesamten Gesellschaft zugute. Insofern wäre es schlüssig, dass auch nicht entnommene Gewinne von Einzelunternehmen, inklusive EPU's, und Personengesellschaften steuerlich begünstigt werden. Auch dafür fordern wir die Entwicklung eines Steuermodells und schlagen eine konkrete Lösung vor. Last, but not least muss Eigenkapital dem Fremdkapital steuerlich gleich gestellt werden, um die Resilienz von Unternehmen zu fördern. Künftig sollen fiktive Eigenkapitalzinsen ebenso steuerlich absetzbar sein wie Fremdkapitalzinsen.

Im Gegenzug sind komplizierte Steuervorteile zu beseitigen, die schwer verständlich und im internationalen Wettbewerb um Arbeitskräfte kontraproduktiv sind. Denn ausländische Arbeitskräfte beurteilen die Attraktivität eines Arbeitsmarkts vor allem anhand des Nettoentgelts und nehmen Zusatzleistungen wenig wahr. Wir fordern daher eine Einrechnung der Jahressechstel-Regelung (vulgo „13. und 14. Monatsgehalt“) in den Regeltarif der Einkommenssteuer - aufkommensneutral und ohne Schlechterstellung der Arbeitnehmer:innen - sowie eine Weiterentwicklung der

Mitarbeitervorsorge zu einer wesentlichen Säule der privaten Vorsorge und einem für Arbeitnehmer:innen klar erkennbaren Einkommensbestandteil.

Viel weiteres Potenzial für Effizienz liegt im Förderungssystem, dem wir ein Fitnessprogramm verordnen wollen: Wir fordern generell ein schlankeres System und weniger Förderungen, dafür aber mit substanzieller Förderungsqualität (keine Bagatellobträge), einfacherer Abwicklung und mehr Fairplay. Denn im bestehenden System sind Förderungskriterien oft wenig objektiv und nachvollziehbar. Wir fordern daher transparente Scoring-Systeme mit offenem Feedback, warum eine Förderung zuerkannt wurde oder eben nicht. Auf Basis eines solchen klaren Regelwerks sollte es auch möglich sein, Förderungen mit Rechtsanspruch und nicht im Wege der Privatwirtschaftsverwaltung zu vergeben. Denn diese öffnet Tür und Tor für Willkür-Entscheidungen und politischen Einfluss.

## Steilpass 2: Kaderplanung: Die besten Arbeitskräfte finden, entwickeln und halten

Eine florierende Wirtschaft macht sich in erster Linie auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. Sie ist die wichtigste Säule für gut bezahlte, stabile Jobs. Somit spielen Unternehmerinnen und Unternehmer eine entscheidende Rolle. Österreich hat ein großes Potenzial gut ausgebildeter Fachkräfte. Die aktuelle Arbeits- und Steuerpolitik in Österreich stellt jedoch oft eine Belastung für Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen gleichermaßen dar. Um ein besseres Arbeitsumfeld zu schaffen, in welchem sich Mehrarbeit wieder lohnt und welches Innovation und Wachstum fördert, bedarf es einer Reihe von Reformen, die den Faktor Arbeit entlasten und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht länger verhindern.

Die Regierung hat die demografische Entwicklung verschlafen und die völlig falschen Anreize gesetzt. Die Babyboomer gehen in Pension und es kommen viel weniger junge Arbeitskräfte nach. Anstatt Ältere frühzeitig aus dem Erwerbsleben zu drängen, müssen wir wirksame Anreize für einen längeren Verbleib im Berufsleben schaffen. Weiters gilt es, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial von Menschen mit Betreuungspflichten zu heben und vor allem für Eltern echte Wahlfreiheit zu schaffen. Dafür brauchen wir einen raschen, flächendeckenden Ausbau einer vollzeitkompatiblen, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung vor allem außerhalb des Großraums Wien. Nur bei einem entsprechendem Kinderbetreuungsangebot ist die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben sowohl für Arbeitnehmer:innen als auch für Unternehmer:innen ohne Abstriche möglich. Und es muss attraktiver werden, mehr zu arbeiten. Das heißt, wir brauchen neben einer verlässlichen Kinderbetreuung finanzielle Anreize für mehr Arbeitsleistung, damit sowohl das Aufstocken von Stunden für Teilzeitkräfte als auch die Leistung von Überstunden attraktiver wird.

Gleichzeitig müssen Teilzeit-Anreize reduziert werden, um weitere Anreize für mehr Arbeitsleistung zu schaffen.

Wenn wir im internationalen Standortwettbewerb bestehen wollen, brauchen wir ausreichend qualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland. Doch in Österreich fehlt nicht nur eine entsprechende Willkommenskultur, sondern es wurden auch unnötig hohe bürokratische Hürden für ausländische Arbeitskräfte aufgebaut, die dringend beseitigt werden müssen. Weiters gilt es die Jugend von heute zu fördern, denn sie sind Fachkräfte von morgen. Doch seit 1990 ist die Zahl der Lehrlinge in Österreich um 31 Prozent gesunken. Die Bundesregierung muss es endlich schaffen, die Lehre wieder attraktiv zu machen. Wir brauchen ein besseres Angebot für junge Menschen, die einen Beruf erlernen wollen und mehr Unterstützung für kleine Ausbildungsbetriebe. UNOS haben daher ein „Meister-Paket für die Lehre“ ausgearbeitet.

### Steilpass 3: Vom Anstoß bis zum Treffer und danach: Unternehmer:innen-Karrieren fördern und absichern

Gründen, mit Unternehmensfreude arbeiten und wissen, dass man fürs Alter abgesichert ist. Das sollte in Österreich möglich sein - ist es aber nicht. Von der Gründung bis zur Pension werden Unternehmer:innen Prügel in den Weg geworfen. Das schlägt sich auch in internationalen Rankings nieder. So ist Österreich etwa bei der Anzahl der Gründungen gemessen an der Bevölkerungszahl Schlusslicht in Europa.

Der Gründungsprozess muss in Österreich einfacher, moderner und offener werden. Bisher erfolgen nicht einmal 10 % der Gründungen online und der Vorgang dauert durchschnittlich 20 Tage. In anderen Ländern kann man eine Unternehmensgründung online innerhalb eines Tages erledigen. Auch für Start-ups ist Österreich wenig attraktiv. Daher brauchen wir dringend eine neue Gesellschaftsform ohne Notariatspflichten und sinnvolle Beteiligungsmodelle für Mitarbeiter. Das jüngste Start-up-Paket der Regierung war alles andere als ein Großer Wurf. Die Regelungen sind schlechter als jene in Deutschland, wo zudem weitere Verbesserungen in Planung sind.

Die Ungleichbehandlung von Arbeitnehmer:innen und Unternehmer:innen muss ein Ende haben. Es gibt zahlreiche Benachteiligung, was zum Beispiel das Pensionswesen oder den Bezug von Krankengeld betrifft.

So fehlt für Selbstständige beispielsweise die Möglichkeit einer Altersvorsorge in der 2. Säule (betriebliche Altersvorsorge), diese gibt es nur für Unselbstständige. Unternehmer:innen sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Aktuell zahlen sie hohe Beiträge in das Sozialsystem ein, erhalten dafür aber nicht die entsprechenden Leistungen. Weiters fordern UNOS daher Verbesserungen beim Bezug von Krankengeld.

Nicht zuletzt gilt es das Image des Unternehmertums in Österreich zu verbessern. Wir sind ein Land der Klein- und Mittelbetriebe. Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden Lehrlinge aus und erwirtschaften rund zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts. Ein Fakt, der sich in der gesellschaftlichen Wahrnehmung nicht widerspiegelt. Es dominieren Vorbehalte gegen vermeintlich reiche Unternehmer:innen, „die es sich richten“. Dieses Bild bedarf dringend einer Korrektur!

### Steilpass 4: Einfache und klare Spielregeln: Weniger Bürokratie, wirtschaftsfreundliche Gesetze, kein Kammerzwang

In Österreich sind oft viele Stellen zuständig, aber niemand verantwortlich. Unternehmerinnen und Unternehmer bekommen das hautnah mit. Sowohl in der Verwaltung, als auch beim Gesetzgeber und der Wirtschaftskammer muss eine radikale Entbürokratisierung das Ziel sein. Am Beginn stehen Grundlagen in der Rechtsordnung, wo eine wirtschaftsfreundliche Gestaltung dringend nötig ist, um die immer größer und unübersichtlicher werdende Zahl an Normen in den Griff zu bekommen. Wir fordern daher eine verbindliche One-In-One-Out-Regel, wonach für jedes neue Gesetz ein bestehendes Gesetz außer Kraft gesetzt wird. Weiters muss Gold Plating vermieden werden, bei dem nationale Zusatzbestimmungen über das Regelungsausmaß von EU-Normen hinausgehen. Lange gefordert, aber bisher kaum verwirklicht ist eine Eindämmung des exzessiven Föderalismus in Österreich. Länderweise unterschiedliche Bestimmungen sind zu harmonisieren oder generell zu hinterfragen (z.B. Bauordnung, Jugendschutz, Naturschutz, Aufzugsgesetze, ...). Unterstützt werden soll diese Neugestaltung der Rechtsgrundlagen durch eine wirtschaftsfreundliche Komplettreform der Verwaltung mit einem echten One-Stop-Shop für Unternehmensservice und einer umfassenden Digitalisierung der Verwaltung. Letzteres ist schon allein aufgrund der kommenden Pensionierungswelle im öffentlichen Dienst dringend notwendig.

Weiterhin brennt der Reform-Hut bei der Gewerbeordnung, die teilweise an das mittelalterliche Zunftwesen erinnert. Die aktuell 75 reglementierten Gewerbe gehören auf maximal 30 reduziert. Lediglich Tätigkeiten, die typischerweise eine Gefahr für Leib und Leben darstellen, sollen einen Befähigungsnachweis erfordern. Denn viele Unternehmen werden ohnehin durch branchenspezifische Regelungen kontrolliert (z.B. Lebensmittelgesetz, Marktordnung). Weiters können marktkonforme Instrumente wie Betriebshaftpflichtversicherungen für eine wesentlich effektivere Qualitätssicherung sorgen. Das Betriebsanlagenrecht stellt eine weitere, oft schwerwiegende Belastung für Unternehmen dar. Zum Beispiel leiden viele Betriebe darunter, die seit Jahrzehnten an einem Standort ansässig sind, dass aufgrund neu zugezogener Anrainer:innen umfassende, erweiterte Emissionsschutz-Maßnahmen nötig werden (Lärm, Staub, ...). Die Bandbreite solcher Auflagen reicht vom Ärgernis bis zur Existenzgefährdung. Wir schlagen daher eine Evaluierung dieser Praxis und der Rechtsgrundlagen vor, um eine verbesserte Balance zwischen den Interessen von Betrieben und Anrainer:innen herzustellen, wobei die zeitliche Abfolge der Ansiedlung/Errichtung explizit zu berücksichtigen ist.

Eine komplette Neuaufstellung braucht die Wirtschaftskammer-Organisation (WKO), denn das bestehende System aus 10 Kammern und über 600 Fachorganisationen ist ein Relikt aus vergangenen Zeiten. Damit lässt sich das Match um die Zukunft nicht gewinnen. Die Vision von UNOS für die Wirtschaftskammer ist die einer freiwilligen Serviceorganisation, ohne Zwangsmitgliedschaft, die aufgrund ihrer Leistung und Kompetenz punktet. Auf dem Weg dorthin ist so rasch wie möglich die Kammerumlage 2 als Teil der Lohnnebenkosten abzuschaffen, die Kammerumlage 1 auszusetzen und die Grundumlagen zu reduzieren. Zur Refinanzierung sind die gigantischen und unzweckmäßigen Rücklagen der WKO aufzulösen, die alleine bei den 10 Kammern eine Größenordnung von knapp EUR 2 Milliarden erreichen. Längerfristig muss sich die WKO einer grundsätzlichen Strukturreform stellen, wo die große Zahl der Fachorganisationen und die allgegenwärtige föderale Struktur hinterfragt wird. Mit einem Wort: Ein Lean Management Programm, wie es für Unternehmen selbstverständlich ist.

Um diese Reform anzustoßen und nachhaltig zu verfolgen ist eine Entpolitisierung der Wirtschaftskammer und Wahlrechtsreform der WKO notwendig. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass in zwei Bundesländern sämtliche Bezirksstellenleiter:innen der Wirtschaftskammer auch Bezirksfunktionäre des Wirtschaftsverbands sind. Hier fehlt jeglicher Sinn für Hygiene und Compliance. Beste Voraussetzung, um dies in den Griff zu bekommen, ist eine Wahlrechtsreform, die das bestehende Regelwerk auf Sparten- und Kammerebene demokratisiert und durch möglichst viele digitale Elemente für eine Erhöhung der niedrigen Wahlbeteiligung von rund 30 % sorgt. Last, but not least ist eine Direktwahl des Wirtschaftskammerpräsidenten anzustreben, damit Reformen an der Spitze beginnen können.

## Steilpass 5: Sorgen wir für ein attraktives Spielfeld: Moderne Infrastruktur mit günstiger Energie, digitalem Backbone und hoher Innovationsorientierung

Ein weiterer Schlüssel zur Sicherung und Hebung der Standortqualität sind eine Infrastruktur auf dem letzten Stand und wettbewerbsfähige Energiepreise. Diese muss einerseits Unternehmerinnen und Unternehmern beste Voraussetzungen bieten und andererseits den großen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden, Stichwort Klimaschutz und Digitalisierung. Beginnen wir mit dem Thema Energiepolitik: Diese muss wirtschaftsorientiert sein und darf Unternehmen nicht als Melkkuh betrachten. Wir fordern daher eine „volkswirtschaftliche Due Dilligence“ der öffentlichen Energieversorger, die verstärkt zu verpflichten sind, ihre Geschäftspolitik stärker an gesamtwirtschaftlichen Interessen auszurichten (Preisgestaltung, Konditionen wie Vorauszahlungen usw.). Als umgehende Entlastungsmaßnahme fordern wir auch eine Senkung der Netzgebühren von derzeit durchschnittlich 24 auf 10 %.

Gleichzeitig ist der volle Fokus auf den Ausbau erneuerbarer Energien zu richten. Insbesondere bereits versiegelte Flächen sind umfassend und rasch mit Photovoltaik-, Windkraft- und anderen Erneuerbare-Energie-Anlagen zu versehen. Genehmigungsverfahren sind so gut wie möglich zu beschleunigen und zu vereinfachen, Förderungsmittel darauf zu konzentrieren. Als wichtigste technische Voraussetzungen sind der Netz- und Speicherausbau zu forcieren, damit möglichst viele Anlagen mit voller Kapazität angeschlossen werden können. Für eine langfristige Standortsicherung und Wertschöpfung braucht es rasch einen Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur vor allem für produzierendes Gewerbe und Industrie. Um Unternehmen und allen anderen Akteuren Planungssicherheit zu geben, fordern wir den Beschluss längst überfälliger Regelwerke wie das Klimaschutzgesetz.

Die E-Transformation zu einem nachhaltigen, CO<sub>2</sub> neutralen Wirtschaftstandort soll viel mehr als Chance, als global wachsender Markt für neue Produkte und Lösungen verstanden werden, in dem innovative österreichische Unternehmen entstehen und wachsen können. Auf dem Weg dorthin braucht es Technologieoffenheit und Planbarkeit für die Unternehmen.

CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität ist ein wichtiger und angesichts des hohen Zeit- und Handlungsdrucks realistischer Faktor, um Emissionen zu reduzieren, und gehört entsprechend unterstützt. Auch hier agiert die Regierung halbherzig, wie die zuletzt rückgängigen Zulassungszahlen zeigen. Notwendig sind: Ein rascher Ausbau des Ladenetzes, steuerliche Anreize wie eine Anhebung der Angemessenheitsgrenze von derzeit EUR 40.000 brutto für Elektroautos und flankierende Maßnahmen wie eine Vorbildpolitik durch die öffentliche Hand bei der Umstellung von Dienstflotten (von Verbrenner auf Elektro).

Für die zunehmende Digitalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche brauchen wir eine leistungsfähige und möglichst flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur als Backbone. Dabei ist eine Kursumkehr bei der bestehenden Förderungspolitik notwendig: Der bisherige „Breitbandausbau“ hat vor allem auch funkbasierte Systeme gefördert und unterstützt, die sich als zu wenig effektiv herausgestellt haben. Fördermittel sind daher künftig auf Glasfaser-Netze zu konzentrieren.

Ein wesentlicher Teil des Digitalisierung-Megatrends sind Technologien im Bereich Künstliche Intelligenz. Wir UNOS treten für eine chancenorientierte Sichtweise ein, denn eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung ist nur auf Basis von technischen Innovationen möglich. Wichtig erscheint vor allem eine realistische Betrachtung: Kurzfristig geht es darum, Routinetätigkeiten im Kommunikations-, Service- und Administrationsbereich durch den Einsatz von KI effizienter zu gestalten. Mythen, dass KI in kürzester Zeit Heerscharen an Arbeitskräften ersetzen wird, sind zu entkräften. Daher soll sich Österreich auf EU-Ebene für eine zukunfts- und innovationsfreundliche Regulierung des KI-Bereichs einsetzen, um die Chancen Europas im globalen Wettbewerb zu wahren und nicht einzuschränken.

## Unsere Spielzüge: Die Forderungen im Detail

Fairplay für Unternehmer:innen: Steuern und Abgaben massiv senken, Förderungssystem neu aufstellen

- **Senkung der Lohnnebenkosten:**
  - Streichung aller nicht-arbeitnehmer:innenbezogenen Abgaben, entspricht einer Reduktion von **7,6 %-Punkten oder rund 1/4 der derzeitigen gesamten Lohnnebenkosten**

Nicht-arbeitnehmer:innenbezogene Lohnnebenkosten	Beitragssatz vom Bruttoentgelt
Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds	3,70 %
Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag (Kammerumlage 2); durchschnittlich, da länderweise unterschiedlich	0,38 %
Wohnbauförderungsbeitrag	0,50 %
Kommunalsteuer	3,00 %
<b>Gesamt</b>	<b>7,60 %</b>

Darüber hinaus würde eine Senkung des Arbeitslosenversicherung-Beitrages nach deutschem Vorbild eine zusätzliche Senkung der Lohnnebenkosten in der Höhe von 3,4 % ergeben. Die Arbeitslosenversicherung kostet in Österreich derzeit 6,0 % (ab 01.01.2024 werden es 5,9 % sein). Das ist mehr als doppelt so viel wie in Deutschland (2,6 %). Eine Senkung der Arbeitslosenversicherung nach deutschem Vorbild würde eine zusätzliche Senkung der Lohnnebenkosten in Höhe von 3,4 % (ab 01.01.2024 in Höhe von 3,3 %) ergeben.

- **Direkte steuerliche Entlastung der Unternehmen:**
  - **Senkung der Körperschaftsteuer auf 15 %** (Mindestsatz gemäß internationaler Abkommen), da im Unternehmen verbleibende, nicht ausgeschüttete Gewinne ohnehin der Allgemeinheit im Wege von Investitionen zugute kommen
  - Umgestaltung der **Einkommensteuer**, sodass der **maximale Grenzsteuersatz bei 40 %** liegt
- **Steuerliche Begünstigung von nicht entnommenen Gewinnen** für Einzelunternehmen (inklusive EPU) und Personengesellschaften in Anlehnung an den bestehenden investitionsbedingten Gewinnfreibetrag; Gewinne werden auf einem speziell gewidmeten Konto ohne Bindung hinterlegt und können jederzeit für betriebliche Zwecke verwendet werden.
- **Steuerliche Gleichstellung von Eigenkapital und Fremdkapital** durch steuerliche Absetzbarkeit von fiktiven Eigenkapitalzinsen
- **Abschaffung komplizierter steuerlicher Begünstigung**, die das Nettoentgelt verwässern:
  - **Einrechnung der Jahressechstel-Begünstigung in den Regeltarif der Einkommenssteuer**, vulgo „13. und 14. Monatsgehalt“, mit dem Ziel, dass künftig einheitlich 12 Monatsgehälter ausgezahlt werden. Wichtig: Es soll dadurch zu **keiner Schlechterstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** kommen, der bestehende Vorteil ist in den Regeltarif vollständig zu übernehmen. Es geht nicht um Streichung, sondern Vereinfachung!

- Das bestehende System der **Mitarbeitervorsorge ist zu optimieren** und in ein Gesamtkonzept der privaten Pensionsvorsorge zu integrieren. Das derzeitige System ist für Unternehmen ein Kostenfaktor, hat für (ausländische) Arbeitskräfte aber kaum Anreizwirkung. Es ist daher ein neues Modell zu schaffen, das für Unternehmer:innen aufkommensneutral und für Arbeitnehmer:innen klar als Einkommensbestandteil erkennbar ist.
- **Investitionsoffensive:** Einführung einer **degressiven Abschreibung mit 50 % für bewegliche Wirtschaftsgüter** im ersten Jahr, um Investitionen zu fördern und die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen.
- **Vereinfachung des Steuersystems:** Generelle Durchforstung des Steuer- und Abgabenrechts und der Verwaltungspraxis um die unternehmerische Tätigkeit zu fördern, statt sie zu behindern. Beispielsweise ist unverständlich, warum für die Leistung der Steuern und Sozialabgaben zur Monatsmitte bis zu 7 verschiedene Einzelpositionen zu überweisen sind (ÖGK, USt., LSt., DB, DZ, KommSt., DGA). Ein intelligenter Staat muss in der Lage sein, für die Aufteilung seiner Einnahmen selbst zu sorgen.
- **Fitness-Programm für das Förderungssystem:**
  - Generelles Ziel: Weniger Förderungen, diese dafür mit substanziellem Aufkommen (keine Bagatellbeträge) und einfacher und fairer Abwicklung
  - Einführung einer zentralen, benutzerfreundlichen Informationsplattform, die einen Überblick über alle verfügbaren staatlichen, Landes- und Gemeindeförderungen bietet.
  - Etablierung klarer, objektiver und nachvollziehbarer Kriterien für die Fördervergabe, um Willkür und politische Bevorzugung zu eliminieren.
  - Einführung eines Rechtsanspruchs auf Förderungen bei Erfüllung der festgelegten Kriterien, um die Gerechtigkeit und Vorhersehbarkeit im Fördersystem zu gewährleisten.
  - Einrichtung eines transparenten Feedback-Systems, bei dem Antragsteller eine klare Begründung erhalten, warum eine Förderung abgelehnt wurde und welche Kriterien nicht erfüllt wurden.

## Kaderplanung: Die besten Arbeitskräfte finden, entwickeln und halten

- **Arbeitskräftepotenzial heben:**
  - Rascher, flächendeckender Ausbau einer vollzeitkompatiblen, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung mit Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag. Möglichkeit schaffen, dass Gruppen mehrsprachig geführt werden, wenn entsprechende Nachfrage besteht.
  - Deutlichere und wirksame Anreize für Arbeit über das aktuelle Pensionsalter hinaus durch steuerliche Begünstigung (Erlass der Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsbezieher:innen)
  - Entwicklung und Umsetzung von Programmen und Initiativen, die eine offene und inklusive Arbeitskultur fördern, um Talente aus dem In- und Ausland anzuziehen und zu halten.
  - Überarbeitung und Vereinfachung des Verfahrens für die Beantragung der Rot-Weiß-Rot-Karte, um den Zugang für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zu erleichtern und die Bürokratie zu reduzieren.
- **Überstunden attraktivieren:**
  - Mehr Arbeit steuerlich besser stellen: Änderung der Steuerregelungen für Überstunden, um die zusätzliche Arbeitsleistung steuerlich attraktiver zu gestalten



und die Flexibilität am Arbeitsplatz zu erhöhen. Die Steuerbegünstigung für die Überstundenzuschläge sollte für die ersten 20 Stunden (statt 10 Stunden) gelten. Außerdem soll die aktuelle Obergrenze der Zuschläge für die Steuerfreiheit von 86 Euro fallen (sie wurde zuletzt 2009 an die durchschnittliche Lohnentwicklung angepasst).

- **Vollzeitarbeit fördern:**
  - Überprüfung des aktuellen Steuersystems mit dem Ziel, Vollzeitarbeit steuerlich attraktiver zu gestalten, etwa durch Einführung eines Vollzeit-Absetzbetrages (100 Euro pro Monat Vollzeitbeschäftigung) oder eine Überarbeitung der Steuerprogression.
- **Innovative Pensions-Bonus-Initiative:**
  - Unternehmer:innen von Klein- und Kleinstunternehmen erhalten pro zusätzlich beschäftigter Person einen Bonus für die Pension gutgeschrieben. Diese Maßnahme soll als Anerkennung und Vergütung für die Leistung „Arbeitsplätze schaffen“ dienen und einen Anreiz für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze bieten.
- **Meister-Paket für die Lehre:**
  - Weiterentwicklung der Lehre zu einer dualen Oberstufe: Entwicklung eines Bildungskonzepts, das Polytechnische Schulen, Berufsschulen und Berufsreifeprüfungskurse samt Matura-Option integriert und damit neben AHS und BHS eine dritte Oberstufen-Säule bietet.
  - Lehrlingsbonus für KMU: Der hohe Aufwand der Lehrlingsausbildung muss insbesondere für kleine Unternehmen durch einen monatlichen Zuschuss zur Lehrlingsentschädigung abgegolten werden, zum Beispiel durch eine Verdoppelung der bestehenden Basisförderung.
  - Modernisierung der Lehr- und Ausbildungspläne: Detailregelungen wie die Vorgabe, welche Suppeneinlage angehende Köchinnen und Köche kochen können müssen, haben in einer Verordnung des Ministeriums nichts verloren. Die Anpassung der Berufsbilder an die aktuellen Herausforderungen muss schneller gehen.
  - Lehre für Maturant:innen forcieren: Derzeit entscheiden sich nur rund 4 Prozent der AHS- und BHS-Absolvent:innen für eine Lehre. Hier schlummert Potenzial, wenn man die Lehrausbildung für Maturant:innen attraktiver macht. Österreich braucht eine Zukunftsstrategie, die Zielgruppen, Berufsbilder, Lehrpläne etc. analysiert und Hürden beseitigt.
  - Konzept einer lebenslangen Lehre entwickeln, um Aus- und Weiterbildung nach Abschluss der Lehre für alle sicherzustellen.
  - Investitionsprogramm für Berufsschulen (unter Einbindung von Leitbetrieben) erarbeiten.

## Vom Anstoß bis zum Treffer und danach: Unternehmer:innen-Karrieren fördern und absichern

- **Vereinfachung der Unternehmensgründung und -beteiligung:**
  - Ermöglichung einer vollständig digitalen Unternehmensgründung ohne Notar, inklusive aller erforderlichen Gründungsschritte (Gewerbe, Handelsrecht, steuerliche Erfassung).
  - Mitarbeiterbeteiligung nach internationalem Vorbild mit einheitlicher Endbesteuerung. Aktuell müssen die beteiligten Mitarbeiter:innen bei der Flexkap bei der Veräußerung ihren Erlös zu drei Vierteln wie Kapitalerträge pauschal mit 27,5 Prozent besteuern. Der Rest fällt unter die allgemeine Einkommenssteuer. Dieser Mischsteuersatz ist

unnötig kompliziert und entspricht nicht internationalen Standards. Es wäre sachgerechter, einheitlich den Steuersatz der KESSt von 27,5 % anzuwenden.

- **Neue Gesellschaftsform erschaffen:**
  - Neue Gesellschaftsform für rein digitale Gründungen, die ohne Notariatsakt und in englischer Sprache möglich ist. Die Notariatsaktspflicht sollte völlig wegfallen, also auch bei allen Urkunden der Kapitalerhöhung. Dies sind Kriterien, die auch die kürzlich neu eingeführte Flexkap nicht erfüllt.
- **Förderung von Eigenkapitalbildung:**
  - Einführung eines Gründungs-Sparmodells (z.B. in Anlehnung an das Bausparsystem), bei dem der Staat die angesparten Beträge verdoppelt, wenn mit diesem Kapital ein Unternehmen gegründet wird.
- **Modernisierung von Vermittlungsinstrumenten:**
  - Aktualisierung und Modernisierung von Instrumenten wie der Nachfolgebörse der WKO, um die Vermittlung von Unternehmen und Investitionsmöglichkeiten zu verbessern.
- **Förderung des Unternehmertums in der Bildung:**
  - Einführung von Wirtschaft als Pflichtfach in höheren Schulen, um den Unternehmergeist von jungen Menschen zu fördern und sie auf die Anforderungen der modernen Wirtschaft vorzubereiten. Maßnahmen zur Imagekorrektur des Unternehmertums in Österreich: Viele Klein- und Kleinstunternehmen tragen einen großen Teil zur Wertschöpfung im Land bei. Sie leisten viel und nehmen das unternehmerische Risiko auf sich. Das findet bisher in den Unterrichtsmaterialien keinen Niederschlag.
- **Faire Absicherung für Unternehmer:innen**
  - Adaptierung der SVS-Arbeitslosenversicherung mit flexiblen Ein- und Austrittsmöglichkeiten (aktuell 8 Jahre Bindung) und Anhebung des Alterslimits (aktuell für Frauen 60 Jahre und für Männer 63 Jahre).
  - Ungleichbehandlung bei Krankengeld für Unternehmer:innen abschaffen: Selbstständige sollten wie Arbeitnehmer:innen ab dem 11. Krankenstandstag Krankengeld erhalten. Zur Finanzierung soll die Wirtschaftskammer aus ihren hohen Rücklagen einen Gesundheitsfonds einrichten.

**Einfache und klare Spielregeln: Weniger Bürokratie, wirtschaftsfreundliche Gesetze, kein Kammerzwang**

- **Wirtschaftsfreundliche Grundlagen** in der Rechtsordnung schaffen:
  - **One-In-One-Out-Regel:** Einführung einer verpflichtenden Regel, nach der für jedes neue Gesetz ein bestehendes außer Kraft gesetzt werden muss, um die Gesetzesflut zu begrenzen
  - **Vermeidung von Gold Plating:** Stärkere Kontrolle und Begrenzung von nationalen Zusatzregulierungen bei der Umsetzung von EU-Recht, um Überregulierung zu vermeiden
  - **Binnenmarkt und Freihandel verteidigen und verwirklichen:** Österreich muss auf EU- und internationaler Ebene zum „Mittelstürmer“ für die Vervollständigung des Binnenmarkts und des Freihandelskonzept werden. Beispiel: Uneingeschränkte Anerkennung von technischen Normen auf EU-Ebene, um Handelsbarrieren abzubauen

- **Föderalismus eindämmen:** Unsachgemäß unterschiedliche Landesgesetze sind zu harmonisieren bzw. nach Möglichkeit in ein Bundesgesetz überzuleiten. Beispiele: Bauordnungen (z.B. länderweise unterschiedliche Vorgaben zur Höhe von Stiegeneländern), Jugendschutz, Naturschutz, Aufzugsgesetze, Lichtspielgesetze, ...
- **Rechtsgeschäftsgebühren abschaffen**, z.B. Mietvertragsgebühr für Unternehmer:innen: In kaum einem anderen EU-Land gibt es so viele und so hohe Rechtsgeschäftsgebühren wie in Österreich. Häufig ist „die Suppe teurer als das Fleisch“ (Administrationsaufwand übersteigt Gebührenaufkommen). Diese gehören daher ersatzlos gestrichen.
- **Wirtschaftsfreundliche Verwaltung** jetzt verwirklichen:
  - Schaffung eines echten **One-Stop-Shop für Unternehmensservice und Unternehmensgründungen**, der ebenenübergreifend (Bund, Land, Gemeinde, ...) und kundenzentriert aufgebaut ist. Das bestehende Unternehmensserviceportal (USP) ist weitgehend eine bloße Linksammlung und wird diesem Anspruch nicht gerecht.
  - Vorausschauende Effizienzsteigerung in Hinblick auf die kommende Pensionierungswelle im öffentlichen Dienste, möglichst weitgehende **Digitalisierung aller Prozesse in der öffentlichen Verwaltung** unter Nutzung von State-of-the-Art-Technologien wie Künstliche Intelligenz
- **Gewerbeordnung endlich ins 21. Jahrhundert bringen:**
  - **Reduzierung der Zahl der reglementierten Gewerbe von derzeit 75 auf maximal 30**; lediglich Tätigkeiten, die Gefahr für Leib und Leben darstellen können, sind zu reglementieren.
  - Bei der Bereinigung Orientierung an anderen Ländern, z.B. Deutschland, wo Unternehmensberatung, Immobilienmaklerei und Arbeitskräfteüberlassung keine reglementierten Gewerbe sind (im Gegensatz zu Österreich)
  - Als ausgleichende Maßnahme: **Qualitätssicherung im Gewerbebereich durch marktorientierte Instrumente gewährleisten**, z.B. durch obligatorische Betriebshaftpflichtversicherung für Unternehmen ab einer bestimmten Größe und bei bestimmten Tätigkeiten
  - Ferner soll auch die Gewerbeordnung der zunehmenden Internationalisierung Rechnung tragen. Daher: Möglichkeit **Befähigungsprüfungen auch auf Englisch** abschließen zu können.
- **Betriebsanlagenrecht: Müssen immer Unternehmen die „gelbe Karte“ sehen?**
  - Die gängige Praxis, dass Betriebe nachträglich Auflagen zum Emissionsschutz erteilt bekommen, weil zum Beispiel in der Nachbarschaft ein Wohngebäude errichtet wird, ist zu hinterfragen. Es ist ein Modell auszuarbeiten, dass eine verbesserte Balance zwischen Betrieben und Anrainern herstellt und explizit die Abfolge der Ansiedlung/Errichtung mit berücksichtigt.
- **Vision Wirtschaftskammer: Freiwillige Serviceorganisation** für Unternehmerinnen und Unternehmer
  - Finales Ziel: Abschaffung der derzeitigen Zwangsmitgliedschaft und Umstellung auf eine **freiwillige Mitgliedschaft** für Unternehmer:innen
  - Sofortige **Abschaffung der Kammerumlage 2**, Aussetzung der Kammerumlage 1 und Reduzierung der Grundumlagen
  - **Auflösung der Rücklagen** der WKO zur Refinanzierung des Umlagen-Entfalls sowie zugunsten von Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmer:Innen (siehe z.B. oben: Gesundheitsfonds)

- Umgehende **Abschaffung der mehrfachen Grundumlagenpflicht** bei Mitgliedschaft in mehreren Fachorganisationen: Es soll nur mehr eine Grundumlage fällig sein, jene, die von den betreffenden Fachgruppen am niedrigsten ist.
- **Umfassende Strukturreform der 10 Wirtschaftskammern und mehr als 600 Fachorganisationen:**Landesebene hinterfragen, Zusammenlegung von Organisationseinheiten prüfen, Doppelgleisigkeiten beseitigen - kurz: ein Lean Management Programm wie es für Unternehmen selbstverständlich ist.
- **Entpolitisierung der WKO** - Beispiel: Sämtliche Bezirksstellenleiter in der Steiermark und Niederösterreich sind mit Wirtschaftsbund-Funktionären besetzt.
- **Wahlrechtsreform der WKO:** Demokratisierung des Regelwerks auf den übergeordneten Ebenen (Sparten, Wirtschaftsparlamente), Direktwahl des Wirtschaftskammerpräsidenten, 100 % digitaler Wahlprozess

## Attraktives Spielfeld: Moderne Infrastruktur mit günstiger Energie, digitalem Backbone und hoher Innovationsorientierung

- **Unternehmer:innen-freundliche Energiepolitik:**
  - „Volkswirtschaftliche Due Dilligence“ der Energieversorger in staatlichem Eigentum, insbesondere der Landesenergieversorger: Die Unterstützung der Wirtschaft durch verantwortungsbewusste Preis- und Konditionengestaltung (z.B. Vorauszahlungen) muss das Ziel sein. Die akute Krise der vergangenen Monate hat Zweifel daran genährt. Die EVUs sind zu verpflichten, ihre dahin gehende Geschäftspolitik offen zu legen und diese gegebenenfalls zu korrigieren.
  - Sofortige und vollständige Abschreibung von energiesparenden Investitionen wie LED-Beleuchtungen, Niedrigenergie-Geräten der höchsten Effizienzklassen, Wärmedämmung oder Grünfassaden (100 % im Anschaffungsjahr)
  - Eben solche 100 % Sofort-Abschreibung für Errichtung oder Umstellung von Fertigungsanlagen auf erneuerbare Energieträger
  - Senkung der Netzgebühren von derzeit im Österreich-Durchschnitt 24 % auf 10 %
- **Förderung erneuerbarer Energien:**
  - Klotzen statt kleckern: Forcierter Ausbau von Photovoltaik-, Windenergie- und anderen erneuerbaren Energiegewinnungsanlagen, insbesondere auf bereits versiegelten Flächen, um die nachhaltige Energieproduktion zu steigern. Alle relevanten ordnungs- und fiskalpolitischen Instrumente sind auf dieses Ziel auszurichten.
  - Fördern statt fordern: Wirksame Anreize zum Ausbau für Unternehmen setzen, z.B. Zusage von marktkonformen Einspeistarifen statt Verpflichtung zur Errichtung von PV-Anlagen in den Bauordnungen
  - Rascherer Ausbau der notwendigen Netzinfrastruktur, um Einspeisung von dezentral produziertem Strom zu fördern bzw. zu ermöglichen
  - Schaffung von Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmerinnen und Unternehmer z.B. durch Beschluss des Klimaschutzgesetzes
- **Offensive für CO2-neutrale Mobilität:**
  - Ziel: Substanzielle Steigerung der Zulassungszahlen für Elektrofahrzeuge durch Anreize und Aufklärung
  - Anhebung der ertragssteuerlichen Angemessenheitsgrenze für Elektroautos von derzeit EUR 40.000 brutto auf einen marktkonformen Wert
    - Generelle Überprüfung von bestehenden Wertgrenzen auf ihre Aktualität, z.B. Höhe des Kilometergelds (seit Jahren nicht angepasst)
  - Beschleunigte Umstellung der Dienstflotten im öffentlichen Sektor auf Elektrofahrzeuge als Vorbild für die Privatwirtschaft.

- Massiver Ausbau des Ladenetzes und Entwicklung einer Strategie für eine harmonisierte und transparente Tariflandschaft, um die Nutzung von Elektrofahrzeugen zu erleichtern
- Erarbeitung einer österreichischen Strategie für CO-2 neutralen Schwerverkehr mit Technologieoffenheit zu Wasserstoff und E-Fuels.
  
- **Telekommunikation: Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur**
  - Ziel: Leistungsfähiges Breitbandnetz als Rückgrat der Digitalisierung, um den Zugang zu schnellem Internet in allen Regionen zu ermöglichen und die digitale Teilhabe zu fördern
  - Fokussierung aller Fördermittel auf den Ausbau der Glasfaser-Netze, um diese Breitbandversorgung sicherzustellen; klarer Vorrang gegenüber Lösungen durch Funktechnologie
  
- **Künstliche Intelligenz** als Zukunfts-Chance erkennen
  - Offene und breite Informationspolitik über Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI) als Zukunftstechnologie; realistische Szenarien zu kurz- bis mittelfristigen Einsatzgebieten von KI aufzeigen (Kommunikations-, Service- und Administrationstätigkeiten von Unternehmen) und Mythen entkräften
  - Auf EU-Ebene für eine zukunfts- und chancenorientierte Regulierung von KI einsetzen (keine Verhinderung), auf nationaler Ebene Gold Plating vermeiden